

8 Fragen in Kurzfassung. Vollständiger Wortlaut unterhalb der tabellarischen Zusammenstellung!	CSU	SPD	Freie Wähler	Grüne	FDP	Linke	ÖDP
Ihre Schwerpunkte in der Flüchtlingspolitik?	Anfrage nicht beantwortet	humanitäre und solidarische Flüchtlingspolitik innerhalb der Europäischen Union	Anfrage nicht beantwortet	Schaffung rechtssicherer Zugänge zum deutschen Bildungs- und Arbeitsmarkt incl. punktbasierter Talentkarte, Zugang zu Sprach- und Integrationskursen erleichtern, Fairness der Asylverfahren, weit besser ausgestattetes BAMF, Integrationsbremsen wie pauschale Arbeitsverbote oder Wohnsitzauflagen abschaffen, Status der "Duldung" abschaffen, der Rechtsunsicherheit bedeutet	Anfrage nicht beantwortet	Humanität + wirksamen Flüchtlingsschutz statt Abschottung und Abschreckung. Auf EU-Ebene die schändlichen Menschenrechtsverletzungen an Außengrenzen und illegale pushbacks sofort unterbinden. "Hotspots" wie Moria schließen. Statt humanitäre Flüchtlingshilfe und zivile Seenotrettung zu kriminalisieren, legale und sichere Fluchtwege für Schutzsuchende und eine EU-organisierte Seenotrettung einrichten	Anfrage nicht beantwortet
Was tun Sie gegen die verbreitete Verletzung von Grundrechten Geflohener, wie sie z.B. in Grundgesetz und Bayerischer Verfassung deklariert sind?		Grundrechtsverletzungen müssen sofort beendet werden. Die Genfer Flüchtlingskonvention muss verteidigt werden. Notwendig hierzu ein funktionsfähiges Europäisches Asylsystem mit wirkungsvollen Befugnissen aller Mitgliedsstaaten.		Abschiebestopp für Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisenländern, keine Abschiebehaft außer für rechtskräftig verurteilte Verbrecher. Besonderen Schutz für Menschen, die zu Hause Menschenrechtsverletzungen erlitten haben, oder schwer Kranke.		Abschreckungspolitik bedeutet diskriminierende "Menschenwürde zweiter Klasse": z.B. isolierte Massenunterbringung in "Lagern", Asylbewerberleistungsgesetz mit willkürlichen Kürzungen des menschenwürdigen Existenzminimums, Festnahme kranker Geflüchteter aus Krankenhäusern zur sofortigen Abschiebung etc.. Hier wollen wir eine radikale Umkehr nach dem Motto "Humanität statt Abschiebung".	
Soll Deutschland Vorreiterrolle für humanen Umgang mit Flüchtlingen in der EU übernehmen?		Deutschland kann und muss Vorreiterrolle übernehmen. Umgang an EU-Außengrenzen ist eine Schande. Kein weiteres Blut an den Europäischen Händen! Geflohene brauchen Möglichkeit, in Europa sicheren Hafen zu finden, auch die Familie sicher zu wissen. Diese Verpflichtung zur Menschlichkeit werde ich jedem EU Mitgliedsstaat abverlangen.		Wir wollen auf europäischer Ebene einen kommunalen Integrationsfonds auflegen, und damit Kommunen direkt unterstützen und strukturell entlasten, die sich zur Aufnahme von (mehr) Geflüchteten bereit erklären.		Ja, wir setzen uns für eine humanitäre Flüchtlingspolitik auf EU-Ebene ein. Im Detail sind unsere Forderungen 4 Anträgen der LINKEN im Bundestag 2019 zu entnehmen.	
Bundesregierung untersagt Kommunen, als "sichere Häfen" zusätzlich Geflohene aufzunehmen. Werden Sie diese Position stützen oder bekämpfen? Wie?		Dieses Verbot ist völlig unverständlich. Die Aufnahmebereitschaft von deutschen und europäischen Kommunen muss gefördert und unterstützt werden.		In den Kommunalparlamenten haben grüne Fraktionen Anträge pro "Sichere Häfen" häufig gestellt. Natürlich müssen auch unsere ehrenamtlichen Kommunalpolitiker Solidarität mit Menschen in Not einfordern können, ohne Einschränkung durch die Bundesregierung.		Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem Kommunen die Möglichkeit erhalten, Geflüchtete eigenverantwortlich aufzunehmen. Weiter fordern wir, dass besonders aufnahmebereite Kommunen finanziell und strukturell unterstützt werden und Deutschland sich auf EU-Ebene für einen Asyl-Solidaritäts-Fonds einsetzt.	

<p>Grundgesetz betont besondere Schutzwürdigkeit von Ehe und Familie. Für "Subsidiär geschützte" werden fast unüberwindbare Hürden gegen Familien-Zusammenführung aufgebaut. Gilt für sie das Grundgesetz nicht?</p>	<p>Besonders schutzbedürftige Menschen brauchen auch besonderen Schutz! Es dürfte klar sein, was oftmals den Zurückgebliebenen droht. Ich möchte, dass die Familien so schnell wie möglich wieder zusammengeführt werden und in ihrem Familienverbund bei uns leben können u. eine friedliche Zukunft finden.</p>	<p>Familienzusammenführungen sind ein Schlüssel für eine gelingende Integration. Hierfür ist als erstes wichtig eine schnelle Bearbeitung der Nachzugs-Anträge durch ein personell ausreichend ausgestattetes BAMF und eine unabhängige Asylverfahrens-Beratung für alle Asylsuchenden</p>	<p>Subsidiär Schutzberechtigte sollen wieder ein subjektives Recht auf Familiennachzug erhalten! Mit konkreten Gesetzesentwürfen hat sich DIE LINKE im Bundestag für eine Wiederherstellung des Rechts auf Familiennachzug für subsidiär Geschützte eingesetzt. Selbst nachzugsberechtigten Familienangehörigen werden infolge (offenkundig beabsichtigten) bürokratischen Dschungels für Monate-Jahre voneinander getrennt!</p>
<p>Afghanistan ist als unfriedlichstes Land der Erde eingestuft; 50% der Bevölkerung auf Nahrungshilfe angewiesen; Taliban in raschem Vormarsch. Abschiebungen??</p>	<p>Abschiebungen nach Afghanistan sind nicht gerechtfertigt, das waren sie nie! Es hilft auch nichts, immer mehr Länder als sichere Herkunftsländer zu deklarieren. Das sind sie nicht!</p>	<p>Für uns ist Afghanistan kein sicheres Herkunftsland und Abschiebungen dorthin lehnen wir ab.</p>	<p>wir lehnen Abschiebungen in Kriegs- und Bürgerkriegsländern wie Afghanistan kategorisch ab</p>
<p>Abschiebungen nach Syrien werden wieder diskutiert. Welche Haltung haben Sie bezüglich der Abschiebung syrischer Flüchtlinge?</p>	<p>In Syrien herrscht Krieg und Verfolgung. Es darf also nicht dorthin abgeschoben werden.</p>	<p>Auch Abschiebungen nach Syrien lehnen wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt ab und setzen uns deshalb für einen Abschiebestopp sowohl nach Syrien als auch nach Afghanistan ein.</p>	<p>Solange der Krieg dort nicht endgültig vorüber ist und sich die politische Lage insgesamt entspannt hat, verbietet es sich, über Abschiebungen dorthin zu diskutieren</p>
<p>In Sammelunterkünften verbringen viele Geflüchtete Monate und Jahre. Rückzug, Privatsphäre, Corona-Hygiene unmöglich, dafür Zermürbung und Ausrasten alltäglich. Haben AnKER-Einrichtungen noch eine Berechtigung?</p>	<p>AnKER-Einrichtungen sind allein entstanden, um die Menschen schneller wieder loszuwerden. Falscher Ansatz! Ich möchte kleinere und dezentrale Einrichtungen: sie fördern beidseitigen Kontakt zwischen Flüchtlingen und Bevölkerung, Abbau von Angst und Vorurteilen, Wertschätzung unterschiedlicher Kulturen, ermöglicht Geflüchteten soziales Netz aufzubauen und tatsächlich einen Anker legen zu können. Ständige Angst vor Abschiebungen muss ein Ende finden!</p>	<p>Der Aufenthalt in Erstaufnahmeeinrichtungen muss auf maximal drei Monate beschränkt werden. Sonst keine zentrale Unterbringung, keine AnKER-Zentren! Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen ein.</p>	<p>Die schriftliche Frage 12/205 der LINKEN ergab: Anker-Zentren arbeiten langsamer als andere BAMF-Außenstellen. Die Lager sollen natürlich abschrecken: Asylsuchende auf engstem Raum zusammengepfercht, sollen von unabhängigen Beratungsstrukturen und der unterstützenden Zivilgesellschaft abgeschnitten werden. Dieses Lager-Modell ist nicht nur in Zeiten der Pandemie mit den grundlegenden Prinzipien der Menschenwürde, der freien Entfaltung der Persönlichkeit und mit dem Kindeswohl unvereinbar.</p>

Wahlprüfsteine – Fragen an die Parteien

1. Welche Schwerpunkte setzen Sie als Bundestagsabgeordnete*r bzw. als Partei in der Flüchtlingspolitik?
2. Aktuell werden bei vielen Geflüchteten Grundrechte verletzt, wie sie u.a. niedergelegt sind in der bayerischen Verfassung (z.B. Art. 105: Verbot der Ausweisung von Geflohenen, die unter Missachtung ihrer Grundrechte im Ausland verfolgt werden) oder im Grundgesetz (z.B. Art. 1: Menschenwürde; Art. 19: Rechtsschutzgarantie). Was werden Sie tun, um diesen Grundrechten wieder Geltung für jeden Menschen in Deutschland zu verschaffen?
3. Der Umgang der EU mit Flüchtlingen ist in vielen Mitgliedsstaaten und an den EU-Außengrenzen oft inhuman (Push-back¹, Moria, Übergabe Schiffsbrüchiger an Folterstaat Libyen, behinderte Seenotrettung, Arbeitsverbot u.v.m.). EU-weite Regeln einer Flüchtlingspolitik im Einklang mit Moral und Völkerrecht werden von einigen Mitgliedsstaaten bisher blockiert.
Setzen Sie sich dafür ein, dass Deutschland in dieser Lage eine Vorreiterrolle zum humanen Umgang mit Flüchtlingen übernimmt? Wenn ja, was werden Sie konkret tun?
4. Hunderte von deutschen Kommunen/Landkreisen zeigten ihre Solidarität mit der Städte-Initiative „Sichere Häfen“ und könnten sich somit bereit erklären, über die zugewiesenen Asylbewerber hinaus nach ihren jeweiligen Möglichkeiten weitere aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufzunehmen. Dies zu tun wird bisher von der Bundesregierung untersagt.
Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein solcher Akt der Menschlichkeit und Solidarität in Deutschland in Zukunft gefördert anstatt verboten wird? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen werden Sie ergreifen?
5. Familiennachzug: Die besondere Schutzwürdigkeit von Ehe und Familie ist im Artikel 6 Grundgesetz verankert. Dieses Grundrecht wird aber Geflüchteten in der deutschen Praxis oft verweigert. Besonders hart trifft es die „subsidiär Geschützten“ (geschützt wegen anerkannter ernsthafter Gefahr im Herkunftsland). Durch einen bürokratischen Dschungel (Auslandsvertretungen, IOM, Ausländerbehörden, Bundesverwaltungsamt) dauert es oft Monate bis Jahre, bis Familien zusammengeführt werden. So wird nicht einmal das zugestandene Kontingent von 1000 Nachzügen / Monat annähernd ausgeschöpft.
Mit welchen Schritten werden Sie sich dafür stark machen, dass dieser Artikel 6 des Grundgesetzes auch für Flüchtlinge wieder umfassend respektiert wird?
6. In seinem Global Peace Index hat das Institute for Economics & Peace Afghanistan 2020 das zweite Jahr in Folge als das „unfriedlichste Land der Erde“ eingestuft. Z.B. zählte die BBC im August 2020 74 Todesopfer in Afghanistan - pro Tag. Nach

1 Zurückweisung von Asylsuchenden, meist gewaltsam, vor oder bei Erreichen der EU-Grenze oder anderer Landesgrenzen, ohne Untersuchung, ob sie asylberechtigt sind

Erkenntnissen einer Langzeitrecherche sind aus Deutschland abgeschobene Afghanen einer erneuten Verfolgung durch die Taliban und sogar durch ihre eigenen Familien ausgesetzt und der Verelendung preisgegeben. Ihnen wird wegen der Flucht nach Europa beispielsweise Verrat, Verwestlichung, unmoralisches Verhalten oder die Abkehr vom Islam vorgeworfen. 2021 sind laut UN 50% aller Afghanen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen, von Corona ganz zu schweigen. Nach Abzug der NATO wird sich die Lage in Afghanistan mit hoher Wahrscheinlichkeit noch verschlechtern. Sind Abschiebungen trotz alledem gerechtfertigt?

7. Abschiebungen nach Syrien werden wieder diskutiert. Welche Haltung haben Sie bezüglich der Abschiebung syrischer Flüchtlinge?
8. Seit 1. August 2018 bestehen nun ANKER-Einrichtungen - hauptsächlich in Bayern - und Gemeinschaftsunterkünfte unter Leitung der Landesregierungen. Hier leben Menschen oft jahrelang. Mehrbettzimmer, Gemeinschaftsküchen, Bäder und WC werden geteilt, wodurch u.a. Hygieneregeln kaum durchführbar sind. Durch Corona wurden viele Gemeinschaftsunterkünfte, oft über 200 Personen, für mehrere Wochen unter Quarantäne gestellt. Warum bringt man die Menschen nicht dezentral in kleineren Wohneinheiten unter? Haben ANKER-Einrichtungen noch eine Berechtigung? Welche Haltung vertreten Sie?